

# Trennung der Kirche vom Staat

Autor(en): **Anderes, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **59 (1976)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-412294>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Freidenker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Nr. 1 59. Jahrgang

Aarau, Januar 1976

Sie lesen in dieser Nummer ...

*Op 19*

Entwicklungshilfe

Israel oder Assimilation?

Im Widerstreit der Meinungen

*Register am Schluss*

*Rg 4349*

## Trennung der Kirche vom Staat

Im Jahre 1974 wurde mit dem Sammeln von Unterschriften für eine eidgenössische Initiative zur Trennung von Kirche und Staat begonnen. Diese Initiative wurde in erster Linie von Herrn F. Dutler — er ist kein Mitglied der FVS — angeregt und durchgeführt. Die Sammlung von Unterschriften für diese eidgenössische Initiative dauert zurzeit noch an, und man hofft zuversichtlich, sie im Verlaufe dieses Winters einreichen zu können. Das notwendige Quorum ist eine Unterschriftenzahl von 50 000, wobei die effektive Unterschriftenzahl wesentlich höher sein muss, um bei der Beglaubigung ungültig erklärte Stimmen kompensieren zu können.

Die eidgenössische Initiative wurde ohne Wissen der FVS begonnen und auch nicht mit ihr abgesprochen. Trotzdem hat sich, statutengemäss, die FVS sofort mit dem Ziel dieser Initiative solidarisiert und sowohl finanziell wie in personeller Hinsicht grosse Anstrengungen zum Erfolg dieser Initiative unternommen. Einschränkend muss beigefügt werden, dass der persönliche Einsatz von FVS-Mitgliedern nicht in allen Ortsgruppen befriedigte. Andererseits ist zu sagen, dass aus der Sicht des Zentralvorstandes der FVS die eidgenössische Initiative mangelhaft organisiert wurde und zum Teil ohne Koordinierung mit Ortsgruppenanlässen erfolgte.

Im Frühling 1975 erfolgte die Gründung eines Komitees zur Lancierung einer Initiative für Trennung von Kirche und Staat im Kanton Zürich. In diesem Komitee war diesmal die FVS vertreten, und dank dem vorbildlichen

Einsatz von Frau Hirsiger (Sekretariat) und Herrn Lorenzo als Vorsitzender des Komitees konnte die Initiative bereits nach kurzer Zeit erfolgreich eingereicht werden. Die kantonale Initiative ist mit mehr als 6000 gültigen Unterschriften zustande gekommen und wird in absehbarer Zeit dem Zürchervolk zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Die Lancierung weiterer Initiativen auf kantonaler Ebene in andern Kantonen ist vorgesehen.

In unseren Statuten und in unserem Manifest bekennen wir uns zu einer strikten Trennung von Kirche und Staat. Demzufolge ist unsere Mitarbeit und unser Engagement für solche Initiativen eine Verpflichtung. Wir müssen uns aber im klaren sein, dass die Zeit für eine erfolgreiche Trennung von Kirche und Staat noch nicht reif ist. Wir müssen uns vermutlich mit einem Achtungserfolg zufrieden geben.

Es ist jedoch nicht daran zu zweifeln, dass die Diskussionen, welche im Hinblick auf solche Abstimmungen entstehen werden, zu einer weiteren Schwächung der übervertretenen politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen der Kirche führen wird. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang, dass im Kanton Zürich die Freisinnige Partei der evangelischen Kirche angedroht hat, bei der betreffenden Abstimmung zur Trennung von Kirche und Staat für die Trennung zu votieren. Aus freisinniger Sicht ist die evangelische Kirche heute kommunistisch-subversiv unterwandert und sollte einmal einen Denkkzettel verpasst bekommen. Uns Freidenkern

kann dieser Zwist natürlich nur recht sein!

Wir müssen uns aber wieder einmal ernstlich fragen, ob — bei einem Erfolg — einer solchen Initiative die FVS bereits heute in der Lage ist, die Konsequenzen zu tragen. Das entstehende Vacuum bei einer Trennung von Kirche und Staat muss durch eine neue humanistische Weltanschauung — gepaart mit der dazugehörenden

### An unsere Abonnenten!

Mit dem Beginn eines neuen Jahres unseres Zeitschrift wird auch der Abonnementsbetrag fällig. Mit dem beiliegenden Einzahlungsschein wollen Sie uns bitte den Betrag von **Fr. 12.—** überweisen. Für eine Erhöhung des Betrages zugunsten des Pressefonds sind wir stets dankbar.

Unsere **ausländischen Abonnenten** bitten wir, den Abonnementsbetrag von **Fr. 15.—** mittels internationaler Zahlkarte, wie sie bei jeder Poststelle erhältlich ist, auf das Postcheckkonto Zürich 80-48 853 zu überweisen.

Unsere **Einzelmitglieder** werden gebeten, ebenfalls den inliegenden Einzahlungsschein zu benutzen. Ihr Jahresbeitrag, das Abonnement inbegriffen, beträgt **Fr. 21.—**, für Ehepaare **Fr. 28.—**.

### An unsere Ortsgruppenmitglieder!

Sie bezahlen Ihr Abonnement zusammen mit dem Mitgliederbeitrag an Ihre **Ortsgruppe**. Der aus technischen Gründen der ganzen Auflage beiliegende Einzahlungsschein kann deshalb von Ihnen vernichtet werden, wenn Sie ihn nicht zu einer Spende für den Pressefonds benutzen wollen.

Praxis — ausgefüllt werden. Im Vordergrund steht wohl die antireligiöse Aufklärung. Parallel dazu muss aber der Ausbau der Jugendarbeit und des Familiendienstes erfolgen. Was ebenfalls ganz stark gefördert werden muss, ist die FVS-Bildungsarbeit auf den verschiedenen Ebenen wie Schule, Erwachsenenbildung usw. Die FVS muss vermehrt zu den sozial-ethischen Fragen unserer staatlichen Gesellschaft Stellung nehmen. Die FVS muss sich auch vermehrt aktiv mit der Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen befassen.

Im Zusammenhang mit dem Fragenkomplex Trennung von Kirche und Staat haben die Kirchen sehr rasch eine mehr oder weniger eindeutige Abwehrstellung eingenommen. Als wichtigstes Werk in dieser Hinsicht kann das — von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen verfasste — Buch «Kirche und Staat im Wandel» angesehen werden. In diesem Buch werden in erster Linie die theologischen und staatsjuristischen Ueberlegungen, die gegen eine Trennung von Kirche und Staat sprechen, zusammengefasst. Die finanziellen Aspekte einer Trennung von Kirche und Staat werden weniger berührt. Dieses Buch kann deshalb jedem in dieser Frage engagierten Freidenker zum Studium empfohlen werden. Es wird aus diesem Buch ersichtlich, wie sehr sich die Kirche an den Staat binden will. Eine Kirche, welche die weltliche Macht sucht, trachtet darnach, Partnerin des Staates zu werden. Sie ist gezwungen mit ihm zu paktieren, damit er sie anerkennt. So muss sie ihm Zugeständnisse machen (etwa hinsichtlich der sozialen Fragen, der Bildung oder der Information usw.) und will in den Genuss physikalischer Mittel kommen. Die Kirche wird somit zum geistigen Wachhund des Staates! Wir müssen deshalb die Trennung von Staat und Kirche fordern, weil die Trennung von Staat und Kirche das einzige taugliche Mittel darstellt, die Schweiz in konfessioneller Hinsicht frei zu erhalten. Eine reale Entflechtung von kirchlicher und weltlicher Macht drängt sich gebieterisch auf. Die Freiheit, wie sie die Strassburger Deklaration der Menschenrechte voraussetzt, ist nur bei einer strikten Trennung von Staat und Kirche möglich.

A. Anderes

## Entwicklungshilfe

Die Entwicklungshilfe für bedürftige Länder hat, zum grössten Teil, wenig wirkungsvoll zum Nutzen der Betroffenen gearbeitet. Gründe gibt es verschiedene, einige seien aufgezählt. Die lobenswerten Ausnahmen erwähnen wir später.

Sehr schlimm ist der zu oft angewandte Zwang zu unserem way of life und die zu häufige Unfähigkeit der Entwicklungshelfer, auf die Mentalität der betreffenden Völker einzugehen. Ein Beispiel, die Klagen des Leiters der Schweizerischen Entwicklungshilfe über grobes und überhebliches Benehmen eines Teils der Helfer den Hilfebedürftigen gegenüber. Auch das fast typische Unvermögen vieler Weissen, dünkellos und verständniswillig die andersrassischen Menschen zu begreifen, ist offensichtlich. Bei psychologischen Experimenten der Universität Giessen mit Computer-Modellen, einer fiktiven afrikanischen Landschaft, mit bekannten Daten des Biotops und der Wettereinflüsse, war das Resultat chaotische Verhältnisse anstatt der erwarteten besseren Ergebnisse. In den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind die Verhältnisse fast immer unüberschaubar, beständigen Veränderungen unterworfen und komplex. Nur mit europäischem Schema-F-Denken gehen zu viele Projekte schief, es braucht die Kunst der Improvisation und der schnellen dezierten Entscheidungen. Die Durchführungen von Projekten brauchen dann ihre Zeit, mit unserer Stress-Hetze lässt sich in vielen Entwicklungsländern nichts erzwingen. Dazu einige Beispiele, wie es nicht geht.

Die stümperhafte Hilfe in der Sahelzone, deren bestes Ergebnis das Entdecken der Untauglichkeit schweizerischer Militärfahrzeuge war. Man denke an die zu Beginn zum Teil unwahrscheinlich blöde vorgenommene Lebensmittelhilfe. Mit der Verteilung haperte es böse. Zum Beispiel Trockenmilchpulver, in Wasser aufzulösen, wurde Verdurstenden verteilt. Es wurden Lebensmittellager angelegt, wo ein speditiver Weitertransport nicht möglich war oder die Verteilungssysteme nicht funktionierten. Der Schwarzhandel schaffte es dann später. Der Hauptfehler war und ist, dass niemand diesen ungeschulten Men-

schen klar gemacht hat, was zur Katastrophe führte. Die viel zu grossen und traditionell zu wenig genutzten Viehherden haben durch Ueberweiden das Drama ausgelöst. Es ist Unsinn mehr Brunnen zu bohren, wenn nicht gleichzeitig das Angebot an Weideland entsprechend zunimmt.

Trockenheit hat es in der Sahelzone schon immer gegeben, aber unsere Veterinärmedizin hat es erst ermöglicht, viel zu grosse Herden zu halten. Früher haben Seuchen einen Ausgleich bewirkt. In der riesigen Koroli-Wüste in Nord-Kenia in der Grenz-ecke zum Sudan und zu Aethiopien, leben die Rendile-, Burji- und Boran-Nomaden mit ihren Dromedar-, Ziegen- und Schafherden. Wenn man nun diese allerdings einigermaßen geschulten Leute auf diese berüchtigten Trockenzonen, speziell die Sahel, anspricht erklären sie klipp und klar, dass ihr Land schon immer sehr trocken war und sie keine grösseren Herden halten, als das Land sie erträgt. Diese Leute treiben Handel mit ihrem Vieh, anstatt es nur als Aushängeschild für gute Vermögenslage zu halten. Zum Unterschied zu den Fulbe, Tuareg und zum Teil maurischen Stämmen der Sahelzone, oder den Massai in Ostafrika und früher auch die Watussi in Zentralafrika. Die Erziehung zum Denken, wie es die erstgenannten Boran können, war echte Entwicklungshilfe.

Für Bangla Desh bewilligt der Bundesrat im April 1975 einen 20-Mio-Kredit zur Mithilfe für den Bau einer Düngemittelfabrik. Die zu düngenden Landschaften werden anstatt zweckmässig bewässert, jedes Jahr von katastrophalen Hochwassern überschwemmt und ausgewaschen. Im Endeffekt ergibt sich also eine nicht gewünschte Meeresdüngung. China hat zuerst seine ungebärdigen Flüsse in den Griff genommen.

Entwicklungshilfe für Landwirtschaftsbetriebe, die in Urwaldgebieten angelegt werden sollen, wie im Amazonasbecken in Brasilien, sind geradezu idiotisch. Die Folgen sind nicht wieder gut zu machende Umweltzerstörung durch Bodenerosion. Diese fast immer mageren Urwaldböden taugen nur für Wald.

Aussenminister Rumor aus Italien verlangt in der Schweiz Entwicklungshilfe, oder wie er sagt Kapitalhilfe für Süditalien. Weil Maffia und der kirch-